

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zwischen dem Kreis Lippe und
der Stadt Blomberg
zur
Wahrnehmung der Aufgaben einer
gemeinsamen kommunalen Statistikstelle
durch den Kreis Lippe

Zwischen dem Kreis Lippe, vertreten durch den Landrat und der Stadt Blomberg, vertreten durch deren Bürgermeister, wird gemäß, §§ 1 und 23 ff. des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV.NRW. S. 621 / SGV NRW 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2015 (GV.NRW. S. 204), folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

Präambel

Der Kreis Lippe und die Stadt Blomberg wollen den Betrieb einer gemeinsamen Statistikstelle beim Kreis Lippe zur Gewinnung der statistischen Informationen, die die Kreisverwaltung und die Städte und Gemeinden im Kreis Lippe zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, beschließen. Mit der Zusammenlegung wird die Erwartung verbunden sowohl die bestehenden Qualitätsstandards zu sichern, wie auch Kostenreduzierungen und damit Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu erzielen. Aus diesen Gründen streben die Beteiligten eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit an. Die nachfolgenden Regelungen tragen diesem Anspruch Rechnung.

§ 1

Vereinbarungsgegenstand

(1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass der Kreis Lippe die Aufgaben der kommunalen Statistik nach § 2 der Vereinbarung für die Stadt Blomberg in Form der mandatierten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (§ 23 Abs. 1 Alternative 2, Abs. 2 Satz 2 GkG) wahrnimmt.

(2) Die Wahrnehmung erfolgt durch die beim Kreis Lippe eingerichtete Statistikstelle. Sie führt die Bezeichnung „Statistikstelle des Kreises Lippe“.

§ 2

Aufgaben

(1) Der Kreis Lippe (Statistikstelle des Kreises Lippe) betreibt zur Gewinnung der statistischen Informationen, die er und die Städte und Gemeinden im Kreis Lippe zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, eine Kommunalstatistik.

(2) Die gemeinsame Statistikstelle des Kreises Lippe und der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Sammeln, Aufbereiten, Präsentieren und Weitergabe von statistischen Einzel- und Aggregatdaten
- Führung der Informationen in einem Informationssystem
- Erstellung von Sekundärstatistiken
- (Unterstützung bei) Umfragen und statistische Erhebungen
- Prognosen und Modellrechnungen
- Gestaltung des Raumbezugssystems einschließlich raumbezogener Schlüsselsysteme
- Georeferenzierung statistischer Daten
- Erstellung von thematischen Karten
- Bereitstellung (zur eigenen Nutzung der Beteiligten) und Veröffentlichung der Informationen (einschl. Internet)
- Statistische Aufbereitung, Analyse und Prognose von Daten zum Zwecke der Stadtentwicklungsplanung, Kommunalforschung und anderen Projekten mit kommunalem Bezug
- Verarbeitung von Geschäftsstatistiken und Verwaltungsregisterauswertungen
- Unterstützung bei der wissenschaftlich fachgerechten Verwendung, Anwendung und Interpretation von statistischen Daten, Methoden und Instrumenten in den Verwaltungen

(3) Geschäftsstatistiken, bei denen die zuständige Verwaltungsstelle ihre eigenen Daten für ihre eigenen Zwecke nach den für diese Verwaltungstätigkeit geltenden rechtlichen Regelungen verarbeitet, und die Verarbeitung von Daten, die nicht dem Datenschutz oder der statistischen Geheimhaltung unterliegen, sind von den Bestimmungen dieser öffentlich-rechtliche Vereinbarung ausgenommen.

(4) Die Vorbereitung und Durchführung statistischer Erhebungen aufgrund von Bundes- oder Landesgesetzen sowie freiwilliger kommunalstatistischer Erhebungen und Umfragen bleibt Aufgabe der örtlichen Erhebungs- und Berichtsstelle, soweit durch Bundes- und Landesrecht nichts anderes bestimmt ist. Bei Bedarf kann Unterstützungsleistung gewährt werden.

§ 3

Kosten

Für die in § 2 Abs. 2 genannten Aufgaben werden keine Kosten erhoben.

§ 4

Lenkungsgruppe

In wichtigen Angelegenheiten, insbesondere

- des Datenbedarfs,
- der auszuwertenden Daten und
- des Ressourceneinsatzes,

ist unter den Vertragspartnern Einvernehmen zu erzielen. Hierzu wird eine Lenkungsgruppe, bestehend aus einem Vertreter des Kreises Lippe und je einem Vertreter aller beteiligten Städte und Gemeinden im Kreis Lippe sowie der/dem für die Statistikstelle verantwortliche/n StatistikerIn eingerichtet. Der/die verantwortliche StatistikerIn übernimmt den Vorsitz der Lenkungsgruppe. Die Lenkungsgruppe tagt bei Bedarf oder auf Wunsch eines Vertragspartners, mindestens aber einmal im Halbjahr.

Die Lenkungsgruppe wird insbesondere die zu erstellenden Statistiken auf ihre Notwendigkeit prüfen, die Periodizität der Erhebungen, die Zahl der erhobenen Merkmale und den Umfang der Erhebungen festlegen.

Die durch die Lenkungsgruppe festgelegten Aufgaben werden der Statistikstelle des Kreises Lippe als Daueraufgabe implementiert und konsequent verfolgt.

Die Gründung von Facharbeitsgruppen, die bestimmte Themenfeldern bearbeiten, bleibt davon unbenommen.

§ 5

Datenschutz

(1) Der Kreis Lippe stellt die Ergebnisse, soweit sie nicht dem Datenschutz unterliegen, zur Verfügung. Die Unterzeichner erklären, dass sie die Daten verantwortungsvoll und entsprechend Bundesstatistikgesetz (BStatG) und Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) behandeln.

Die Stadt Blomberg beauftragt die datenhaltende Stelle (z.B. Rechenzentren) zur Weitergabe der Daten an die Statistikstelle bis auf Widerruf. Vorrangig sollen kleinräumige Bevölkerungsstatistik über den Bestand (Bestandsstatistik) und die Bewegungen (Bewegungsstatistik) der Bevölkerung im Kreis als Kommunalstatistik auf der Basis der Datensatzbeschreibungen des Deutschen Städtetags durchgeführt werden.

(2) Zur Kommunalstatistik der oben genannten Stadt gehört die Erhebung und Speicherung von Daten für statistische Zwecke sowie deren statistische Aufbereitung, Analyse und Prognose (Kommunalforschung). Nur im Rahmen der Kommunalstatistik nach Maßgabe dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung dürfen gesetzlich geschützte Daten aus unterschiedlichen Quellen und für nicht abschließend bestimmte statistische Auswertungszwecke erhoben werden.

§ 6

Geheimhaltung/Abschottung

Die Fragen der Geheimhaltung und der Abschottung sind in der „Dienstanweisung über die Einrichtung und den Betrieb einer abgeschotteten Statistikstelle beim Kreis Lippe“ vom 22.12.2010 geregelt.

§ 7
Nebenabreden, Schriftformklausel

Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel.

§ 8
Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte eine Regelungslücke vorhanden sein, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Städte verhandeln in einem solchen Fall unverzüglich eine Regelung, die der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt bzw. die Regelungslücke schließt.

§ 9
Inkrafttreten
Geltungsdauer und Kündigung

Die Vereinbarung wird am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold wirksam. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird unbefristet abgeschlossen. Sie kann von jeder Partei mit einer Frist von 12 Monaten zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Detmold, den
Kreis Lippe

Landrat Dr. Axel Lehmann

Blomberg, den

Bürgermeister Klaus Geise